

Öffentliche **Beschluss**vorlage

Vorlagen-Nr.:

V/0837/2013

Auskunft erteilt:

Herr Bierstedt

Ruf:

60918-300

E-Mail:

Bierstedt@stadt-muenster.de

Datum:

31.10.2013

Betrifft

Eckpunkte Arbeitsmarktprogramm 2014

Beratungsfolge

20.11.2013 Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung

Vorberatung

11.12.2013 Hauptausschuss

Vorberatung

11.12.2013 Rat

Entscheidung

Beschlussvorschlag:

I. Sachentscheidung:

1. Der Rat der Stadt Münster nimmt die für das Jahr 2014 prognostizierten Eckwerte und Rahmenbedingungen zur Kenntnis.
2. Der Rat der Stadt Münster stimmt den vorgeschlagenen arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkten
 - Konzentration der städtischen Ressourcen auf Langzeitleistungsbezieher
 - Chancen durch abschlussorientierte Ausbildung bzw. Qualifizierung erhöhenfür das Jahr 2014 zu.

3. Der Rat der Stadt Münster nimmt die Überlegungen zur Änderung des Zielvereinbarungssystems auf Bundes- u. Landesebene zur Kenntnis.
4. Der Rat der Stadt Münster beauftragt die Verwaltung mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales des Landes NRW zu den Zielen „Verbesserung der Integrationsquote“ und „Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher“ im Rahmen folgender Korridore

Verbesserung der Integrationsquote: - 6,6 % bis + 1,0 %

Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher: - 1,0 % bis - 2,0%

eine Zielvereinbarung abzuschließen.

II. Finanzielle Auswirkungen:

Durch die Umsetzung der Entscheidung entstehen keine unmittelbaren Kosten für den städtischen Haushalt.

Begründung:

Der Rat hat die Verwaltung in der Sitzung am 06.02.2013 beauftragt, jährlich parallel zum Haushalt die Planungsgrundlagen mit zentralen Indikatoren des Arbeits- und Ausbildungsmarktes, der Kundenstruktur sowie die arbeitsmarktpolitischen Schwerpunkte und operativen Ziele und Zielbeiträge der Produktbereiche in einer Vorlage zur Beratung in den zuständigen Fachausschüssen und Beschlussfassung im Rat einzubringen. Das hierfür erforderliche Planungs- und Steuerungskonzept (siehe hierzu Vorlage V/0715/2012 mit V/0715/2012/1) wird derzeit in einem dezernatsübergreifenden Projekt erarbeitet. Diese Vorlage stellt einen Einstieg in eine frühzeitige Planung und Steuerung durch die Ratsgremien dar, leistet aber noch nicht die Gesamtschau auf alle städtischen Zielbeiträge. Dies soll beginnend mit der Planung im Jahr 2014 im kommenden Jahr geleistet werden.

Zu 1. Eckwerte und Rahmenbedingungen

Die wirtschaftlichen Aussichten für die Bundesrepublik Deutschland für das Jahr 2014 stehen nach aktuellen Prognosen unter einem positiven Vorzeichen. So prognostiziert die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose (der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören folgende Institutionen an: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V, ifo Institut, KOF (Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich, Institut für Wirtschaftsforschung Halle, Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung) eine Steigerung des Bruttoinlandsproduktes für 2013 von 0,6 % und für das Jahr 2014 eine weitere Steigerung um 1,8 % (vgl. Gemeinschaftsdiagnose vom 15.10.2013).

Eckdaten der Prognose für Münster					Prognose	
	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent)						
Deutschland	-5,1	4	3,3	0,7	0,4	1,8
Nordrhein-Westfalen	-5,8	3,3	2,6	0,4	0,3	1,5
Erwerbstätige						
Deutschland	40.372.000	40.587.000	41.152.000	41.608.000	41.843.000	42.102.000
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	-	0,5	1,4	1,1	0,6	0,6
sozialversicherungspflichtig Beschäftigte						
Deutschland	27.129.165	27.461.236	28.126.932	28.637.782	28.799.527	28.977.790
Nordrhein-Westfalen	5.766.861	5.820.035	5.963.603	6.050.508	6.084.681	6.122.344
Münster	136.767	140.254	143.743	146.112	146.937	147.847
Arbeitslosenquote						
Deutschland	8,1	7,7	7,1	6,8	6,9	6,8
Nordrhein-Westfalen	8,9	8,7	8,1	8,1	8,2	8,1
Münster	7,1	6,6	6,5	6,6	6,7	6,6
Eckwerte SGB II						
Bedarfsgemeinschaften*	10.281	10.569	10.481	10.744	10.869	10.999
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	-	2,8	0,8	2,5	1,2	1,2
erwerbsfähige Leistungsberechtigte*	13.914	14.146	13.903	14.013	14.317	14.489
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in Prozent	-	1,7	1,7	0,8	2,2	1,2
* errechneter Mittelwert Januar bis Juni 2013						

Tabelle 1 Quelle: Gemeinschaftsdiagnose, Statistik der Bundesagentur für Arbeit, IAB, eigene Berechnung

Weiter wird ein Anstieg der Zahl der Erwerbstätigen um rund 260.000 Personen (Gemeinschaftsdiagnose) bzw. um 240.000 Personen durch das Institut für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) erwartet. Die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose sowie das IAB prognostizieren trotz Anstiegs der Zahl der Erwerbstätigen und Anstieg der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (vgl. Tabelle 1) keinen nennenswerten Rückgang der Arbeitslosenzahlen. Die vorgenannten Be-

schäftigungsgewinne werden hauptsächlich durch eine Ausweitung des Erwerbspersonenpotentials insbesondere durch Zuwanderung erzielt. Es wird ein Rückgang der Arbeitslosigkeit im Rechtskreis SGB III von 30.000 Personen und im Rechtskreis SGB II von 5.000 Personen durch das IAB prognostiziert. Bei Betrachtung der Eckwerte SGB II im Zeitverlauf (vgl. Tabelle 1) wird deutlich, dass selbst positive Wachstumsraten nicht die gewünschten Erfolge im Bereich der Grundsicherung für Arbeitsuchende bewirken. Selbst das IAB konstatiert in seinem Kurzbericht 18/2013 „Mit einem starken Rückgang der Arbeitslosigkeit ist vorerst nicht mehr zu rechnen, strukturelle Probleme werden deutlicher“. Leider muss festgestellt werden, dass dies auch für Münster trotz guter wirtschaftlicher Voraussetzungen gilt. Für den lokalen Arbeitsmarkt in Münster wird ebenfalls davon ausgegangen, dass sich die Zahl der Erwerbstätigen leicht erhöht. Diese Erhöhung wird aber nur geringe positive arbeitsmarktliche Effekte auf der Arbeitskräfteangebotsseite nach sich ziehen und vordergründig im Bereich des SGB III spürbar werden, da dort doch ein größeres Potential an qualifizierten Arbeitskräften gemeldet ist. Für den Bereich im SGB II ist von einer weiteren Zunahme der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten (eLb) auszugehen. Die Jobcenter können die strukturellen Probleme alleine nicht lösen, sie können nur einen Beitrag dazu leisten, dass dort, wo individuelle Chancen bestehen, diese auch erkannt und konsequent genutzt werden.

Strukturdaten des Arbeitskräfteangebotes SGB III und SGB II in Münster

Bestand an Arbeitsuchenden			
Insgesamt			15.034
Bestand an Arbeitslosen			
Insgesamt			9.378
	55,1%	Männer	5.165
	44,9%	Frauen	4.213
	9,4%	15 bis unter 25 Jahre	881
	1,5%	dar. 15 bis unter 20 Jahre	140
	28,3%	50 Jahre und älter	2.651
	15,8%	dar. 55 Jahre und älter	1.482
	37,1%	Langzeitarbeitslose	3.475
	5,1%	Schwerbehinderte	481
	18,1%	Ausländer	1.694

Tabelle 2 Quelle: Statistik der BA, Sep. 2013

SGB III

Bestand an Arbeitsuchenden		
Insgesamt		5.166
Bestand an Arbeitslosen		
Insgesamt		3.031
54,8%	Männer	1.660
45,2%	Frauen	1.371
11,9%	15 bis unter 25 Jahre	361
1,1%	dar. 15 bis unter 20 Jahre	32
26,4%	50 Jahre und älter	799
16,3%	dar. 55 Jahre und älter	495
10,1%	Langzeitarbeitslose	307
4,7%	Schwerbehinderte	141
13,0%	Ausländer	394

belle 3 Quelle: Statistik der BA, Sep. 2013

SGB II

Bestand an Arbeitsuchenden		
Insgesamt		9.868
Bestand an Arbeitslosen		
Insgesamt		6.347
55,2%	Männer	3.505
44,8%	Frauen	2.842
8,2%	15 bis unter 25 Jahre	520
1,7%	dar. 15 bis unter 20 Jahre	108
29,2%	50 Jahre und älter	1.852
15,6%	dar. 55 Jahre und älter	987
49,9%	Langzeitarbeitslose	3.168
5,4%	Schwerbehinderte	340
20,5%	Ausländer	1.300

Tabelle 4 Quelle: Statistik der BA, Sep. 2013

Ta-

In beiden Rechtskreisen herrscht bis auf die Gruppe der Langzeitarbeitslosen und die Gruppe der Ausländer annähernd die gleiche Struktur vor. Hier wird deutlich, dass die o.g. strukturellen Probleme im Bereich des SGB II ihren Ausdruck finden, es sind 49,9 Prozent der Arbeitslosen langzeit-

arbeitslos.

Insgesamt stellt sich die Struktur in der Grundsicherung für Arbeit in Münster wie folgt dar:

Merkmale	Insgesamt
Bedarfsgemeinschaften	10.901
davon	
mit 1 Person	6.140
mit 2 Personen	2.047
mit 3 Personen	1.369
mit 4 Personen	746
mit 5 und mehr Personen	599

Tabelle 5 Quelle Statistik der BA

	Insgesamt	Männer	Frauen
Personen in Bedarfsgemeinschaften	20.624	10.234	10.390
darunter			
unter 25 Jahre	8.785	.	.
15 Jahre und älter	14.635	7.192	7.443
Erwerbsfähige Leistungsberechtigte	14.317	7.039	7.278
davon			
unter 25 Jahre	2.730	1.278	1.452
25 bis unter 50 Jahre	8.184	3.860	4.324
50 bis unter 55 Jahre	1.416	787	629
55 Jahre und älter	1.987	1.114	873
darunter			
Deutsche	10.933	5.453	5.480
Ausländer	3.144	1.474	1.670
darunter			
Alleinerziehende	2.337	160	2.177
Langzeitleistungsbezieher	9.151	4.284	4.867
Davon nach Altersgruppen			
17 bis unter 25 Jahre	1.191		
25 bis unter 50 Jahre	5.209		
50 Jahre und älter	2.751		
darunter Alleinerziehende	1.722		
darunter Ausländer	1.898		
darunter ohne abgeschl. Berufsausbildung	3.897		
darunter Schwerbehinderte	439		
Selbständig erwerbstätige Alg II Bezieher	272		
Bruttoeinkommen bis 450 Euro	1.568		
450 bis 800 Euro	630		
über 800 Euro	641		
bisherige Verweildauer 2 bis 4 Jahre	2.410		
bisherige Verweildauer 4 Jahre und länger	5.808		

Tabelle 6 Quelle Statistik der BA

Die durchgeführten Hilfeplanungen im Jobcenter ergeben folgende Aufteilung der eLb nach Förderzielen im Rahmen der fa:z Logik.

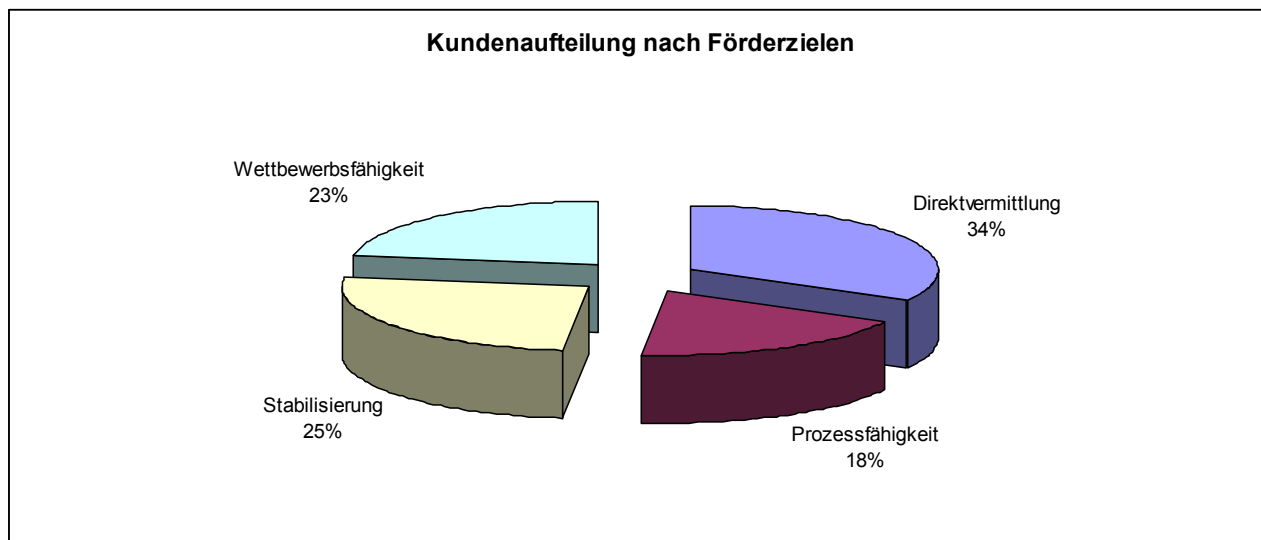


Diagramm 1

Es zeigt sich, dass für knapp 2/3 der Kundinnen und Kunden des Jobcenters Münsters zunächst andere Ziele als eine Arbeitsaufnahme in den 1. Arbeitsmarkt verfolgt werden müssen. Weitergehende Analysen insbesondere zu den einzelnen Zielgruppen erfolgen im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramms, welches den Fachausschüssen im März 2014 zur Beratung vorgelegt wird.

Eingliederungstitel 2014

Die Höhe der den Jobcentern zur Verfügung gestellten Eingliederungsmittel wird erst mit Erlass der Eingliederungsmittelverordnung 2014 endgültig feststehen. Diesseitig wird momentan davon ausgegangen, dass die durch den Bund für die Jobcenter zur Verfügung gestellten Mittel zur Eingliederung der eLb im gleichen Umfang wie 2013 bereitgestellt werden.

Dies bedeutet etwa 10,3 Mio. Euro, die für 2014 wie folgt eingesetzt werden:

10.300.000 €	Eingliederungstitel (EGT)
./. 1.500.000 €	Umschichtung in den Verwaltungshaushalt
+150.000,00 €	Einnahmen aus Forderungen (geschätzt)
./. 8.950.000 €	verfügbarer EGT
./. 3.400.000 €	Bindungen aus Vorjahren für 2014 (Hochrechnung)
5.550.000 €	Mittel für das Neugeschäft (Hochrechnung, Schätzung)

Tabelle 7

Nach ersten fachlich inhaltlichen Planungen mit Beteiligung des örtlichen Beirates sowie weiteren

Fachämtern der Stadtverwaltung ist die Verteilung des EGT auf die verschiedenen Instrumente des SGB II wie folgt vorgesehen:

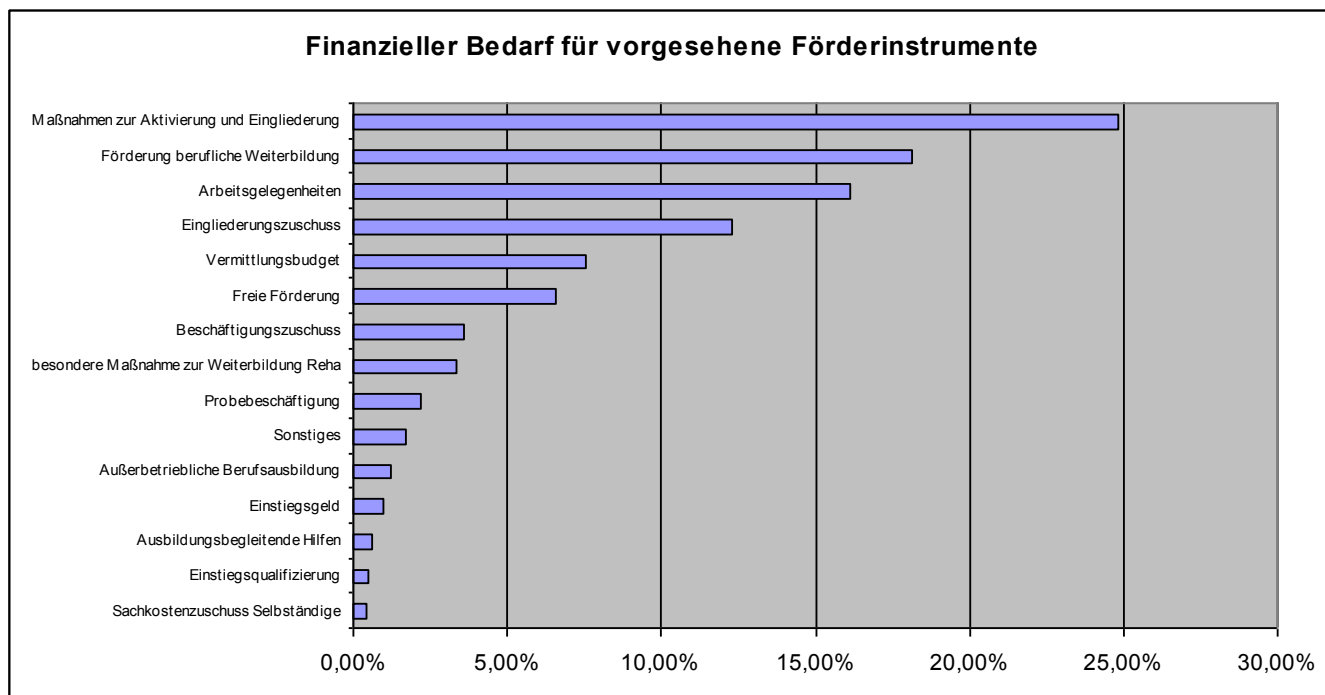


Diagramm 2

Eine entsprechende Empfehlung des Beirates steht aktuell noch aus.

Risiken

Die Regierungsbildung ist noch nicht abgeschlossen und wird voraussichtlich noch längere Zeit in Anspruch nehmen. Es ist nicht auszuschließen, dass die Ergebnisse der Koalitionsverhandlungen und deren Umsetzung die Rahmenbedingungen in 2014 so verändern, dass ggf. ein Nachjustieren erforderlich wird.

Zu 2. Schwerpunkte 2014

Handlungsrelevante Zielgruppen der Arbeit in 2014 sollen erneut die Jugendlichen, die Alleinerziehenden, die Menschen mit Behinderung und die Älteren sein.

Ein ganz besonderes Augenmerk soll innerhalb der Zielgruppen auf den Langzeitbezug und fehlende abschlussbezogene berufliche Qualifizierung bzw. Weiterbildung gelegt werden.

Rund 64 % der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten sind Langzeitleistungsbezieher. Etwa 63,5 % davon sind 4 Jahre und länger im Leistungsbezug. Hierfür gibt es eine Reihe von soziodemographischen Determinanten, wie Alter, Gesundheit, geringes Einkommen etc., die eine Rolle für den längeren Verbleib in der Grundsicherung ausmachen. Der hohe Anteil Langzeitleistungsbezieher (vgl. Tabelle 6) an allen eLb macht deutlich, dass die zu Verfügung stehenden Ressourcen auch auf diesen Personenkreis zu fokussieren sind und hier aktives Handeln unumgänglich ist. So sind nicht nur die finanziellen Mittel des EGT im Schwerpunkt für Langzeitleistungsbezieher einzusetzen, sondern auch die Beratungsleistungen der Jobcoaches sowie die Leistungen nach § 16a SGB II (kommunale Eingliederungsleistungen). Je länger ein Mensch ohne Arbeit ist, umso geringer sind die Chancen, dass er wieder in ein Beschäftigungsverhältnis gelangt: „Wer weniger als zwölf Monate arbeitslos ist, findet in Deutschland mit 80-prozentiger Wahrscheinlichkeit einen

neuen Job. Bei einem Langzeitarbeitslosen verringert sich die Wahrscheinlichkeit auf 40 Prozent – das ist leicht unter OECD-Mittel. Dabei ist die Effizienz der Arbeitsvermittlung in Deutschland in den vergangenen Jahren gestiegen, nicht zuletzt durch Mehr-Investitionen von 50 Prozent pro Arbeitssuchendem (zwischen 2007 und 2010).“ (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung vom 10.07.2012; zitiert im IAB-Newsletter Nr. 12/2012 vom 01.08.2012).

Die Chancen, Arbeitslosigkeit und Hilfebedürftigkeit zu reduzieren bzw. zu beenden, sind für Personen mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung deutlich größer als für ungelernte. Das Jobcenter Münster hat mit seinen strategischen Leitsätzen bereits für die Gruppe der unter 25 Jährigen festgelegt, dass eine Ausbildung vorrangig anzustreben ist. Allein in der Gruppe der Langzeitleistungsbezieher sind 3.897 Personen ohne Berufsabschluss. Die Möglichkeit einer Ausbildung bzw. einer abschlussbezogenen Qualifizierung soll verstärkt auch für den über 25 Jährigen ermöglicht werden. Da aller Voraussicht nach nicht im erforderlichen Umfang genügend betriebliche Ausbildungsplätze akquiriert werden können, soll das Instrument der überbetrieblichen Ausbildung verstärkt genutzt werden. Um insbesondere Langzeitleistungsbeziehern einen erfolgreichen Abschluss der Qualifizierung zu ermöglichen, ist hierbei noch eine begleitende Betreuung sicherzustellen.

Auf der Basis dieses Eckpunktebeschlusses sollen Strategien und Maßnahmen entwickelt bzw. weiterentwickelt werden, um einem weiteren Anwachsen des Bestandes der Langzeitleistungsbeziehenden entgegenzuwirken und die Zugangschancen am Arbeitsmarkt durch individuelle Qualifizierung zu erhöhen. Hier spielt auch die weitere Verzahnung mit den kommunalen Eingliederungsleistungen eine Rolle. Es ist angedacht, in 2014 weitere Schritte zu einem effektiven „Produktionsnetzwerk“ einzuleiten.

Zu 3. Zielvereinbarung mit dem Land

Im bisherigen Zielvereinbarungsprozess wurden Zielkorridore durch ein bundesweites, gemeinsames Planungsdokument vorgegeben. Innerhalb dieser Korridore hatten die Jobcenter Angebotswerte abzugeben. Weiter wurden sogenannte „Aufholspannen“ für die Jobcenter vorgegeben, die mit ihren bisherigen Ergebnissen unterhalb bestimmter Werte ihres Vergleichsclusters lagen. Diese Aufholspannen haben sich nicht bewährt. Hierbei wurden die lokalen Rahmenbedingungen nicht ausreichend berücksichtigt.

Derzeit werden auf Bundesebene Überlegungen zur Neustrukturierung des Prozesses angestellt, die sich auf allen Ebenen auswirken wird. Zukünftig sollen danach die Jobcenter selbst im Rahmen eines lokalen Planungsdokuments Angebote für Zielwerte entwickeln und abgeben, die durch die jeweiligen Zielvereinbarungspartner auf der Basis der Angebotswerte in den Vergleichstypen bewertet und eingeordnet werden. Gegebenenfalls sollen dann Nachverhandlungen erfolgen, die schließlich zu individuellen Zielwerten für alle Jobcenter führen. Weitere Informationen insbesondere zu den Anforderungen an das lokale Planungsdokument liegen noch nicht vor. Die Verwaltung begrüßt das neue Verfahren, das den eigenen Vorstellungen (siehe auch Vorlage V/0715/2012 und V/0715/2012/1) entgegenkommt, und verbindet damit die Hoffnung auf ein näher an den tatsächlichen Gegebenheiten anknüpfendes Verfahren mit Zielwerten, die realistisch betrachtet auch von den Jobcentern erreicht werden können und somit die Akzeptanz bei allen Beteiligten erhöht.

Zu 4. Zielwerte 2014

Von den Jobcentern sind die Ziele Verbesserung der Integration in Erwerbstätigkeit und Reduzierung der Langzeitleistungsbezieher mit konkreten Zielwerten zu beplanen.

Für das Jahr 2013 wird eine Integrationsquote von ca. 24,4 Prozent erwartet. Dies bedeutet rund 3.490 Integrationen bei 14.317 eLb im Jahresdurchschnitt. Im Jahresdurchschnitt 2014 wird von einem weiteren Zuwachs auf rund 14.489 eLb ausgegangen. Die Fokussierung auf die Langzeitleistungsbezieher, Ausbildung dem Vorrang einzuräumen bei gleichzeitiger Abnahme der Aufnah-

mefähigkeit des Marktes für Menschen aus der Grundsicherung lässt den nachvollziehbaren Schluss zu, dass auch die Größenordnung der absoluten Zahl an Integrationen von 2013 nur leicht übertroffen werden kann. Diesseitig wird davon ausgegangen, dass eine Zahl der absoluten Integrationen zwischen 3.300 und 3.570 erreicht werden kann. Daraus ergeben sich Integrationsquoten von 22,8 bzw. 24,64 Prozent. Für die Aushandlung eines Zielwertes mit dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales bedeutet dies einen Zielwert zwischen - 6,6 Prozent und 1,0 Prozent.

Durch die konsequente Fokussierung auf Langzeitleistungsbezieher wird eine Reduzierung dieser Personengruppe um 1 bis 2 Prozent für 2014 erwartet. Dies bedeutet einen Rückgang zwischen 92 und 184 Personen.

Weiteres Vorgehen:

Die Verwaltung wird auf der Basis der mit dieser Vorlage beschlossenen Werte den Abschluss einer Zielvereinbarung mit dem Land anstreben. Sollte dies ohne Abweichungen nicht möglich sein, wird die Verwaltung erst nach Herstellung des Einvernehmens mit dem Ausschuss für Soziales, Gesundheit und Arbeitsförderung, eine Zielvereinbarung mit modifizierten Zielwerten abschließen. Dem für die Grundsicherung für Arbeitsuchende zuständigen Fachausschuss wird über den Abschluss der Zielvereinbarung berichtet (Ratsbeschluss zur Vorlage V/0715/2012/1).

Zur Zielerreichung ist natürlich eine weitere Operationalisierung der Ziele erforderlich. Dazu wird im kommenden Jahr regelmäßig im Fachausschuss berichtet.

In Vertretung

gez. Thomas Paal
Stadtrat